

PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
18.10.2018	19:15 Uhr	20:52 Uhr	Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde Horn

TEILNEHMER	
ORTSAMT:	Inga Köstner, Vorsitzende Jessica Jagusch, Protokollführerin
BEIRAT:	siehe anliegende Liste
Gäste:	Herr Brünjes (Sportamt Bremen) Herr Hausen (bras e. V.) Herr Hintmann (Seniorenvertreter des Beirates Horn-Lehe)

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 20. September 2018
3. Schließung der Parkplätze am Unisee während der Wintermonate
4. Perspektive Arbeit Saubere Stadt – Chancen von Arbeitsmarktprogrammen für Horn-Lehe nutzen
5. Globalmittelantrag
6. Wünsche, Fragen und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
7. Mitteilungen der Beiratssprecherin
8. Mitteilungen des Orsamtes
9. Verschiedenes

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und bedankt sich für die Glückwünsche zur Geburt ihres Kindes. Aufgrund fehlender Anträge, entfällt der Tagesordnungspunkt – Anträge des Beirates –. Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Ergänzt wird die Tagesordnung nach dem Tagesordnungspunkt 2, um den Tagesordnungspunkt „Bericht des Seniorenvertreters“.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird genehmigt. (Einstimmig)
--

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 20. September 2018

Beschluss: Das Protokoll vom 20. September 2018 wird ohne Änderungen und/oder Ergänzungswünsche genehmigt. (Einstimmig)

Zu TOP 3: Bericht des Seniorenvertreters

Der Seniorenvertreter des Beirates Horn-Lehe, Herr Hintmann, berichtet über seine Ausschussarbeit. Die gesamtbremischen Seniorenvertreter sehen eine große Problematik im Bereich des Wohnungsbaus. Auf dem Wohnungsmarkt herrsche extreme Wohnungsnot im Bereich des bezahlbaren Wohnraums. Besonders Alleinstehende sowie Senioren mit einer geringen Rente hätten kaum die Möglichkeit, eine geeignete Wohnung zu finden. Sein Hauptaugenmerk habe das Gremium auf alleinstehende Senioren gelegt, die alleine in ihren Einfamilienhäusern leben. Hier wäre es durchaus denkbar, wenn Senioren Studenten oder Alleinerziehenden die Möglichkeit gäben, ihren freistehenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen, um im Gegenzug Hilfe im Haushalt zu erhalten.

Die stadtbremische Seniorenvertretung habe hierzu einen entsprechenden Beschluss gefasst und an die Bürgerschaft weitergeleitet.

Abschließend bedankt sich der Seniorenbeauftragte für die Zusammenarbeit mit dem Beirat und dem Ortsamt.

Zu TOP 4: Schließung der Parkplätze am Unisee während der Wintermonate

Die Vorsitzende erläutert den Sachverhalt zur Schließung der Parkplätze am Unisee und begrüßt den Vertreter des Sportamtes. In der Vergangenheit sei es auffällig gewesen, dass besonders in den Wintermonaten, auf dem Parkplatz Rennen gefahren wurden, die zu großen Schäden im Bodenbelag geführt haben. In der Vergangenheit habe das Sportamt versucht, die Parkfläche an die Brepark abzugeben, um die Parkplätze kostenpflichtig anzubieten. Eine Bürgerinitiative habe sich weiterhin für kostenlose Parkplätze am Unisee eingesetzt. Gespräche mit der Brepark haben seitdem nicht mehr stattgefunden.

Vor Beginn des Sommers seien die Schäden am Wetterungsweg behoben worden und die dort stehenden Pappeln gefällt. Der Gehweg an der Seeseite wurde ebenfalls saniert. Insgesamt sei für die Instandhaltung ein Betrag in Höhe von 32.000 € angefallen. Das Geld komme ausschließlich aus dem Sportfördertopf und solle zukünftig wieder dem Sport anstatt der Parkplatzsanierung zuteilwerden. Deshalb schließe das Sportamt einen Teil des Parkplatzes über die Wintermonate. Insgesamt stünden dann nur noch 40 Parkplätze am Wetterungsweg zur Verfügung. Falls die Parkplätze nicht ausreichen, können auf den ganzjährig geöffneten Parkplatz am Hochschulring ausgewichen werden. Am Universum stünden weitere Parkplätze zur Verfügung. Ein Hinweisschild werde noch installiert. Ab März/April werde der geschlossene Teil wieder geöffnet.

Auf Nachfrage von Herrn Mazur wird berichtet, dass die wassergebundene Decke im Bereich der Einfahrten bereits Mängel aufweise, diese aber nicht so gravierend wären, wie in der Vergangenheit. Falls wieder eine Sanierung erforderlich werde, könne diese nur oberflächlich geschehen, da bei einer nachhaltigen Sanierung eine Drainage gezogen werden müsste. Die Kosten für eine oberflächliche Sanierung belaufen sich trotzdem auf 10.000 bis 15.000 €. Derzeit fänden keine Gespräche statt, die eine Übertragung der Parkfläche an die Brepark vorsehen. Die Bereitschaft der Brepark müsste in Erfahrung gebracht werden.

Herr Leidreiter regt an, dass für Freiluftpartys eine Gebühr erhoben werden solle. Die Einnahmen könnten für die Erhaltung von Flächen am Unisee eingesetzt werden.

Frau Hanke betont, dass eine Versiegelung der Fläche nicht gewünscht ist und Herr Mazur regt im Zuge dessen Rasengittersteine an.

Der Beirat bedankt sich bei dem Referenten und nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

Zu TOP 5: Perspektive Arbeit Saubere Stadt – Chancen von Arbeitsmarktprogrammen für Horn-Lehe nutzen

Die Vorsitzende führt ins Thema ein und erklärt, dass mit Hilfe von Arbeitsmarktprogrammen Menschen – insbesondere in Langzeitarbeitslosigkeit – eine Chance auf gesellschaftliche Teilhabe eingeräumt werden solle. In Bremen seien mit Stand September 2018 etwa 27.000 Menschen ohne Arbeit. Die Agentur für Arbeit und das Jobcenter seien dafür zuständig, die Menschen auf dem Weg in Arbeit und Ausbildung aktiv zu begleiten. In den meisten Teilen Deutschlands wirke sich die gute Konjunktur positiv auf die Arbeitslosenzahlen aus. Allerdings profitierten nicht alle Menschen davon, weshalb bislang besonders benachteiligte Personengruppen wie ältere - und Menschen mit Migrationshintergrund, Auszubildende und Alleinerziehende im Fokus der arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung standen. Vor allem benachteiligte Stadtteile sollen von Förderpro-

grammen profitieren. Bürgerliche Stadtteile wie Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld gingen in der Vergangenheit hinsichtlich Förderungen leer aus. Die Themen Stadtsauberkeit, Lärm und öffentliche Ordnung haben einen bedeutenden Einfluss auf die Lebensqualität der Bevölkerung und genießen hohe Aufmerksamkeit in den Medien. Für die Jahre 2018 und 2019 bewilligte der Senat deshalb zur Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Rahmen des Handlungsfeldes „Sichere und saubere Stadt“ Landesmittel in Höhe von 3,5 Mio. € pro Jahr. In diesem Rahmen würden mit dem Programm Perspektive Arbeit: „saubere Stadt“ (PASS) Stellen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, bei kommunalen Betrieben und bei Beschäftigungsträgern gefördert. In mehreren Gesprächen mit dem Arbeitsressort sei deutlich gemacht worden, dass die Stadtteile Oberneuland, Horn-Lehe oder Schwachhausen bzw. der Ortsteil Borgfeld als einkommensstarke Gebiete nicht im Fokus stünden. Das Ressort betonte vielmehr, dass ein grundsätzlicher Quartiersbezug und soziale Aspekte für eine Förderung in Frage kämen. Da Stadtsauberkeit nicht an Stadtteilgrenzen ende, sei es den Ortsamtsleitungen Horn-Lehe, Borgfeld und Oberneuland nach langen Verhandlungen gelungen, ebenfalls mit einem personellen Kontingent vom Programm zu profitieren. In Horn-Lehe gibt es mehrere Orte, die Grundlage für Beschwerden über Verschmutzungen im Stadtteil darstellten als da beispielhaft das Umfeld des Stadtwaldsees, öffentliche Spielplätze, Flächen im südlichen Technologiepark oder der Jan-Reiners-Wanderweg zu nennen wären.

Für detailliertere Ausführungen über Bremer Arbeitsmarktpolitik und speziell über das PASS-Programm begrüßt die Vorsitzende den Geschäftsführer der B.R.A.S. und bittet um Vortrag.

Die B.R.A.S (Bremer Beschäftigungsträger) sowie die Förderwerk GmbH sei der größte Beschäftigungsträger in Bremen mit einem Marktanteil von ca. 20 Prozent. Schwerpunkt der Arbeit sei die soziale und berufliche Integration von Langzeitarbeitslosen. Die überwiegende Zielgruppe des Bremer Beschäftigungsträgers seien Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitnehmer, Migranten sowie Jugendliche ohne Schulabschluss, welchen sie auch im Rahmen einer Maßnahme nachholen können. Der Beschäftigungsträger lege seinen Schwerpunkt im Bereich Bildung sowie Tourismus. Zum 1. Januar 2016 wurde eine Kooperation mit der Förderwerk Bremen GmbH zur Bearbeitung von ESF-Projekten eingerichtet.

Nach dem Gesetz gelten die Personen als langzeitarbeitslos, die ein Jahr oder länger arbeitslos gemeldet sind. Die Berechnung der Langzeitarbeitslosigkeit sei sehr kompliziert, da die Länge der Arbeitslosigkeit auf fünf Jahre betrachtet werden müsse. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen stagniere. 15.500 Personen gehören zu der Zielgruppe der B.R.A.S. Davon seien 12.000 Personen langzeitarbeitslos und eine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt erscheine schwer möglich. In dieser Gruppe befänden sich etwa 4.000 Personen, die noch in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden könnten. 4.000 Arbeitslose gelten aufgrund von Krankheit, Suchtproblematik etc. als nicht vermittelbar. Mehr als 18.000 Personen, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen seien, gingen zwar einer Beschäftigung nach, verdienten aber nicht genug, um damit ihren Lebensunterhalt alleine zu bestreiten.

Die Wirksamkeit der gesetzlich vorgegebenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente habe ihre Grenzen und daher seien öffentlich geförderte Beschäftigungen ein probates Mittel gegen soziale Ausgrenzung. Verschiedenartige Instrumente des Arbeitsmarktes (Lazlo, Bundesprogramm Soziale Teilhabe etc.) seien wichtig, um das Arbeitseinkommen und soziale Absicherung sicherzustellen. Ziele und Personengruppen von öffentlich geförderter Beschäftigung seien arbeitstherapeutische Beschäftigung, Ersatzarbeitsmarkt sowie der Übergangsarbeitsmarkt. Dabei seien die Ziele ganz unterschiedlich. Sie reichten über Unterstützung in der Alltagsbewältigung oder soziale Teilhabe bis hin die Beschäftigungsfähigkeit wiederherzustellen.

Einer dieser Programme ist PASS (Perspektive Arbeit Saubere Stadt). Die Förderung der Lohnkosten erfolge zu 100 Prozent durch die Stadt. Die Bedarfe an diesem Programm konnten bis 15. Juni 2018 beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen beantragt werden. Insgesamt 130 Personen aus Bremen und Bremerhaven nehmen am Projekt teil. Davon werden vier Personen im Bereich Oberneuland, Borgfeld und Horn-Lehe eingesetzt. Eine der Grundvoraussetzung sei es, dass jeder Mitarbeiter gern freiwillig zur Arbeit erscheine. Alle zwei Wochen seien die Mitarbeiter des Beschäftigungsträgers an zwei bis drei Tagen vor Ort. Im Sommer könne sogar ein wöchentli-

cher Einsatz erfolgen. Die Einsatzorte in Horn-Lehe seien die Slip-Anlage am Unisee, der Grünzug zwischen Robert-Bunsen-Straße und der Werner-von-Siemens-Straße sowie die Grünfläche im Hollergrund.

Laut der Vorsitzenden seien die derzeitigen Flächen zwar vorgegeben, aber man sei auch offen für weitere Vorschläge. Die Auswahl der Einsatzorte sei nicht einfach, da mit der Unterhaltung verschiedener öffentlicher Flächen verschiedene Träger beauftragt worden seien – beispielsweise die Bremer Stadtreinigung, der Umweltbetrieb Bremen, der Deichverband, die Hanseatische Naturentwicklungsgesellschaft. Die Flächen seien detailliert vertraglich festgehalten und bildeten die Grundlage für die Bezahlung. Eine doppelte Zuständigkeit solle vermieden werden.

Auf Nachfrage seitens Herrn Steglich wird mitgeteilt, dass in der gezeigten Aufstellung in der PP-Präsentation 40 Stellen der BSAG als kommunaler Arbeitgeber nicht mit aufgelistet seien. Der Zuweisungsbescheid an den betreffenden Beschäftigten komme vom zuständigen Wirtschaftsressort mit einer entsprechenden Begründung durch die B.R.A.S. Der Mindestlohn werde bezahlt. Die Förderung decke aber nicht alle Nebenkosten wie Müllbeutel oder die eigentliche Entsorgung. Deshalb werde die Restsumme durch die Gartenbauabteilung der B.R.A.S. querfinanziert.

Herr Koppel kritisiert, dass sich das Bundesland aus vielen Aufgaben herausgezogen habe. Er fordere, dass sich auch andere Institutionen zur Übernahme der Kosten bereitklärten. Problematisch sei, dass die Dienstleistungsverträge der Stadtreinigung neu ausgeschrieben worden seien und sich somit Zuschnitte geändert hätten. Der Beschäftigungsträger müsse darauf achten, keinen anderen Dienstleister zu verdrängen.

Herr Hausen erläutert, dass kommunale Unternehmen Aufträge vergeben und der Beschäftigungsträger das Personal zur Verfügung stelle. Nur in Ausnahmefällen würden direkt Arbeitsverträge mit auftraggebenden Unternehmen abgeschlossen. Die Personalkosten würden zu 75 Prozent durch das Job-Center übernommen. Der restliche Betrag komme vom Auftraggeber und dem Beschäftigungsträger.

Für Herrn Leitreiter sei es wichtig, langfristig etwas gegen Langzeitarbeitslosigkeit zu tun. Bei vielen Beschäftigten fehle der Bildungsansatz.

Auf Nachfrage von Herrn Mazur wird mitgeteilt, dass durchaus neue Gebiete genannt werden können. Man müsse im Zweifel dann noch einmal mit dem Arbeitsressort verhandeln.

Für Frau Hanke sei die Reinigung der Grünflächen im Hollergrund sehr wichtig, da in der Vergangenheit aus diesem Wohngebiet die Beschwerdelage entsprechend war. Eine vernünftige Bezahlung sei aus ihrer Sicht ebenfalls sehr wichtig. Den Zugang zu Arbeitsmarktprogrammen erachte sie durch die Hürde der siebenjährigen, durchgängigen Langzeitarbeitslosigkeit für problematisch.

Auf Nachfrage von Frau Stuck wird mitgeteilt, dass die Eingliederung in den Arbeitsmarkt auch nach Durchlaufen eines solchen Programms schwierig sei. Die Quote der Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt liege zwischen ein und 25 Prozent. Diese Beschäftigten des Beschäftigungsträgers gelten als sehr schwer vermittelbar.

Von Herrn Porthun kommt der Vorschlag, die kleineren Flurstücke zusammenzufassen, um diese dann an nur einen Auftragnehmer zu vergeben. Dieser Vorschlag wird zwar befürwortet, kann aber in dieser Form nicht umgesetzt werden, weil die Stadtteile verschiedene Sozialindikatoren aufweisen und es einen großen Aufwand darstelle, die Flächen danach umzusteuern. Für die Zuständigkeiten gebe es bereits einen Katalog, welcher dem Ortsamt zur besseren Steuerung durchaus zur Verfügung gestellt werden könne.

Alle Fraktionen loben die erfolgreichen Bemühungen der Ortsamtsleitungen und fassen nach Abschluss der Diskussion den folgenden Beschluss:

Beschluss:	Der Beirat begrüßt ausdrücklich das Programm „Perspektive Arbeit Saubere Stadt“ und den Einsatz von langzeitarbeitslosen Menschen in Horn-Lehe. Für eine weitere effiziente Durchführung des Programms fordert der Beirat Horn-Lehe den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen auf, neben den Lohnkosten auch die Regiekosten zu übernehmen.
Begründung:	Für die erfolgreiche Umsetzung des Programms müssen Beschäftigungsträger gewonnen werden. Unter den aktuellen, rechtlichen Voraussetzungen werden aber die Anleitung/Betreuung und die Verwaltung des Beschäftigungsträgers vor Ort nicht finanziert werden. Es ist somit unverzichtbar, Regiekosten pauschal zu refinanzieren. (einstimmig)

Die Vorsitzende und der Beirat bedanken sich beim Geschäftsführer der B.R.A.S für seine Ausführungen.

Zu TOP 6: Globalmittelantrag

- BM 20/2018, Freiwillige Feuerwehr Lehesterdeich, Anschaffung von Regalsystemen und Faltpavillons, Antrag über 1.400 € (gesamt 1.575,25 €)

Beschluss:	Der Beirat stimmt einer Zuwendung in Höhe von € 1.400,00 zu. (einstimmig)
-------------------	--

Zu TOP 7: Wünsche, Fragen und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung ./.

Zu TOP 8: Mitteilungen der Beiratssprecherin

Die Beiratssprecherin berichtet über die Beirätekonferenz. Auf dieser sei eine geobasierte Datenbank für Bauprojekte vorgestellt worden. Aus dieser Datenbank werden zum Beispiel Herstellungskosten sowie der Projektstand ersichtlich. Anregungen und Wünsche seitens der Beiratssprecher seien dort eingeflossen.

Die Ergebnisse der Zukunftskommission wurden präsentiert. In der Konferenz für die Beiratssprecher sowie Ortsamtsleitungen seien weitere Anregungen formuliert worden. Dazu zähle unter anderem eine verbesserte Beteiligung der Gremien.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 9: Mitteilungen des Ortsamtes

- Volkstrauertag am 18. November 2018

2018 ist das Gedenkjahr, da vor 100 Jahren der erste Weltkrieg zu Ende ging. Für die Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag wird um Informationen gebeten, wer über die Personen, welche sich auf dem Gedenkstein bei TV Eiche Horn befinden nähere Informationen hat. Seitens eines Bürgers wird auf den Ältestenrat von TV Eiche Horn verwiesen.

- Bremen – Stadt der Menschenrechte 2018

Die zu diesem Thema befasste Wanderausstellung werde ab dem 11. November 2018 im Gemeindesaal der evangelischen Kirchengemeinde ausgestellt. Die Wanderausstellung habe keinen Einfluss auf die Beiratssitzung. Die Wanderausstellung werde dann ab dem 28. November 2018 in der Bürgerschaft ausgestellt. Auf Nachfrage von Schulen, Vereinen etc. kann die Ausstellung auch dort erfolgen.

Am 20. November 2018 gibt es einen Fachvortrag über den Umgang mit der Meinungsfreiheit im Haus der Wissenschaft. Am 10. Dezember 2018 am internationalen Tag der Verkündung der Menschenrechte sei ein Empfang im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft geplant.

- SpielplatzPlanungsParty

Am 26. Oktober 2018, findet von 15 bis 17 Uhr eine Planungsparty zur Neugestaltung des Spielplatzes an der Reddersenstraße statt, da das große Klettergerüst ersetzt werden müsse.

- Poller Seiffertstraße

Der Poller befinde sich zurzeit in Reparatur bei der swb Beleuchtung. Nach Auskunft der swb wurde bereits die Hydraulikpumpe getauscht. Danach habe sich leider herausgestellt, dass auch das Hydraulikventil defekt sei. Dieses Ersatzteil wurde bestellt und wird demnächst montiert.

- Sitzungstermine

22. Oktober 2018	Flohmarkt	Lestra-Parkplatz
1. November 2018, 17.30 Uhr	FA Bildung & Kinder	Diele des Ortsamtes
2. November 2018, 18.00 Uhr	Laternenumzug	Oberschule Ronzelenstraße
5. November 2018, 18.30 Uhr	FA Umwelt und Verkehr	Diele des Ortsamtes
15. November 2018, 19.15 Uhr	Beiratssitzung	ev. Kirchengemeinde

Zu TOP 10: Verschiedenes

Ein Beiratsmitglied bittet um Prüfung, wie lange ein Bauschutt-Container im öffentlichen Raum stehen darf. Am Anfang der Wilhelm-Röntgen-Straße steht seit einem halben Jahr ein Container, der bislang nicht abgeholt worden ist. Das Ortsamt fragt zur Klärung des Sachverhaltes beim zuständigen Ressort nach.

Inga Köstner
- Vorsitzende -

Heike Menz
- Beiratssprecherin -

Jessica Jagusch
- Protokollführerin -